

23. Umweltschutz und potentiell konkurrierende Werte

Von Elisabeth Kals

Die Ausgangslage erscheint relativ eindeutig: Die natürliche Umwelt mit ihren verschiedenen Komponenten (Luft, Wasser, Boden usw.) ist in einem bedrohlichen Zustand (Umweltbundesamt, 1994). Dies wird von der Bevölkerung in zunehmendem Maße wahrgenommen und erkannt (BILLIG, 1994).

Doch ist die Bevölkerung nicht in uneingeschränkter Weise bereit, sich durch umweltgerechte Verzichte, Entscheidungen und Engagements für die Verbesserung des Umweltzustandes einzusetzen. Statt dessen werden die Bereitschaften zu Verzichten und die ursächlichen Verzichtsleistungen zum Schutz der Umwelt tendenziell mit steigenden finanziellen und immateriellen Kosten geringer (vgl. KALS, 1996). Hier spiegelt sich wider, daß die Verfolgung umweltschützender Interessen mit anderen Zielen in Konflikt geraten kann. Dabei ist an erster Stelle an potentiell konkurrierende ökonomische Interessen zu denken. Hierzu zählen Interessen von Privatpersonen, im Sinne geringer individueller Kosten, als auch Interessen von Wirtschaftsunternehmen, mit entsprechenden Folgen, etwa für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherheit. Diese ökonomischen Interessen werden sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch von verschiedenen Disziplinen als konkurrierende Werte des Umweltschutzes bewertet. (vgl. z.B. BECKENBACH & DIEFENBACHER, 1994).

Strittig ist die Verfolgung ökonomischer Ziele auf einzelwirtschaftlicher Ebene vor allem dann, wenn diese Ziele mit Aktivitäten verbunden sind, die negative Auswirkungen auf die Umwelt haben, und wenn gleichzeitig der erzielte Nutzen geringer ist als dieser Verbrauch an Umweltgütern. Es gibt Bewertungsspielräume, bei welchen Aktivitäten dies der Fall ist. Die Bewertungsspielräume sind besonders hoch, wenn neben finanziellem Nutzen auch andere Formen des Nutzens einbezogen werden, wie beispielsweise schwer quantifizierbare Zuwächse an Lebensqualität.

Beispielsweise wird der Verbrauch an Umweltgütern bei der Nutzung eines Pkws für Kurzstrecken nicht durch die Kosten für die Pkw-Nutzung gedeckt. (Benzin, Abnutzung usw.). Doch wenn andere Nutzenaspekte nur ausreichend hoch sind (wie z.B. Fahrfreude), kann die subjektive Bilanz durchaus zugunsten der Autowahl ausfallen, auch wenn die externen Kosten des Verbrauchs an Umweltgütern miteinbezogen werden.

Dieses Beispiel illustriert, daß es über ökonomische Interessen hinaus weitere wertorientierte Argumente gibt, die gegen private und gesellschaftspolitische Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sprechen können. Eine große Gruppe von Argumenten macht beispielsweise die Wahrung der Persönlichkeitsrechte aus, wie etwa Freiheitsrechte.

In mehreren voneinander unabhängig durchgeführten Fragebogenstudien wurde daher der Einfluß mit Umweltschutz konkurrierender Werteargumente auf umweltgerechtes Handeln und Entscheiden untersucht (Itembeispiele aus der neuesten Studie: »Ich finde verschärfte Auflagen an die Industrie zur Säuberung ihrer Abgase unzumutbar, weil dies viel höhere Produktionskosten mit sich bringt.«; oder »Ich finde eine Einschränkung der privaten



Nutzung von Pkws unzumutbar, weil die persönliche Freiheit des einzelnen Bürgers nicht beschnitten werden sollte.«

Darüber hinaus wurden moralbezogene Urteile erhoben, die für umweltschützende Entscheidungen sprechen, wie Kontrollüberzeugungen bezüglich der Reduktion von Umweltbelastungen und Zuschreibungen von Verantwortlichkeiten für den Schutz der verschiedenen Umweltkomponenten (Itembeispiel: »Ich selbst bin für den Schutz von Wasser und Boden verantwortlich.«).

Da der Bildung umweltschützender Entscheidungen nicht ein rein kognitiver Prozeß zugrunde liegt, sondern die Entscheidungsbildung auch durch Emotionen flankiert und beeinflusst wird, wurden darüber hinaus auch moralbezogene Emotionen gemessen, wie Empörung über zu wenig oder Ärger über zu viel Umweltschutz.

Neben dem bereits nachgewiesenen hohen Einfluß umweltverantwortlicher kognitiver sowie emotionaler Urteile konnte in verschiedenen Studien gezeigt werden, daß die wertbezogenen Argumente gegen Umweltschutzmaßnahmen gewichtigen Einfluß auf alle gemessenen Kriterien haben (vgl. KALS, 1994). Regressionsanalytisch klärt die Ablehnung der wertbezogenen Gegenargumente bis zu 47 Prozent der Varianz in den umweltschützenden Entscheidungen und Bereitschaften auf. Die allein durch Akzeptanz der Gegenargumente aufgeklärte Varianz in Entscheidungen, die der Umwelt schaden (wie Entscheidungen zur Förderung des Auto- und Motorsports), beträgt sogar 55 Prozent.

Aus den Befunden lassen sich folgende Schlüsse für den Umgang mit Umweltproblemen, etwa im Rahmen von umweltbezogenen Bildungsprogrammen, ziehen:

- Übergeordnetes Ziel sollte die Schaffung von Transparenz über das Bestehen von Wertkonflikten sein, die zwischen Umweltschutz und potentiell konkurrierenden Normen und Zielen existieren (wie ökonomische Interessen, Recht auf Freiheit bei persönlichen Entscheidungen usw.). Auch die gesamten konkurrierenden Werte sollten dabei als moralbezogene Interessen bewertet und dargestellt werden - ein Statement, das etwa angesichts mancher einseitig verlaufenden Umweltdiskussionen durchaus nicht trivial ist.
- Entscheidungen für die Realisierung eines Wertes (etwa jenes des Umweltschutzes) können nur situationsspezifisch unter Abwägung der verschiedenen Kosten- und Nutzenaspekte erfolgen. Die Grundhaltung sollte daher abermals ein Wertepluralismus sein. Dies entspricht der Komplexität der Ausgangslage, so daß Einseitigkeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Reaktanzen führen sollten.
- Bei der Konzeption und Leitung von Umweltdiskussionen sollte sodann die Tatsache berücksichtigt werden, daß Emotionen einen bedeutsamen Einfluß auf die Entscheidungsbildung haben. Daher sollten auch die entsprechenden moralbezogenen Emotionen (wie Empörung über zuwenig und Ärger über zuviel Umweltschutz) reflektiert werden. Durch die bewußte Reflektion und den Austausch über Emotionen im Zusammenhang mit ökologisch relevanten Entscheidungen wird diesen unkontrollierbare Wirksamkeit entzogen. Dies dient gleichzeitig der notwendigen Versachlichung emotional geführter Umweltdiskussionen.
- Schließlich sollten Diskussionen über individuelle oder wirtschaftliche Maßnahmen zum Schutz der Umwelt interdisziplinär geführt werden. Durch die interdisziplinäre Koopera-

tion können implizite Werthierarchien, die beispielsweise durch Beschäftigung mit einer bestimmten Disziplin geprägt und nahegelegt werden, expliziert und reflektiert werden.

Quelle

Initiative Psychologie im Umweltschutz (IPU) (1996): Rundbrief Nr. 5, 1/1996, Bochum, S. 36-38.

Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

Zitierte Literatur

BECKENBACH, F & DIEFENBACHER, H. (Hg.) (1994): Ökologie und Wirtschaftsforschung. Bd. 9.- Memphis-Verlag, Marburg.

BILLIG, A. (1994): Ermittlung des ökologischen Problembewußtseins der Bevölkerung.- Forschungsbericht 101 07 104, Umweltbundesamt, Berlin.

KALS, E. (1996): Verantwortliches Umweltverhalten.- Psychologie Verlags Union.

Umweltbundesamt (Hg.) (1994): Daten zur Umwelt 1992/93.- Erich-Schmidt-Verlag, Berlin.